

(10) Wärme-, Strom- und Energiekosten steigen: Günstiger wirds nicht



Günstiger wird's nicht

Die Weltwirtschaft erleidet einen Energieschock.

(Foto: Smetek)

Wladimir Putin atmet schwer durch, seine Miene wirkt noch ernster als sonst. Der russische Präsident schiebt seine Sprechzettel auf dem Schreibtisch zurecht, dann wendet er sich per Video von seiner Residenz Nowo-Ogarjowo bei Moskau aus an seine Regierung, das russische Volk – und ein Stück weit [auch die Welt da draußen](#).

„Kollegen, wir haben heute eine sehr ernsthafte und wichtige Frage zu beraten“, liest Putin am Dienstag von seinem Zettel ab. Es gehe um Klimaschutz und die Pandemie – und es gehe vor allem um die Energieversorgung [und die Weltwirtschaft](#). Um die steht es dieser Tage nicht gut.

Die Preise [für die wichtigsten Energieträger](#) sind auf Rekordkurs. Viele

Menschen in den westlichen Ländern machen Putin dafür verantwortlich, sie mit einer Verknappung des Erdgases unter Druck zu setzen. Die Preise zu treiben. Abhängigkeiten zu schaffen.

Themen des Artikels

i
i

Putin ist heute vor die Kameras getreten, um dem entgegenzutreten. Er klagt an: Europa befinde sich in einem Zustand der „Hysterie und Verwirrung“. [Russland](#) habe mit dem Preisanstieg nichts zu tun. Dabei werfen nicht nur einige europäische Staaten Russland vor, die Gaslieferungen im Sommer so reduziert zu haben, dass angesichts der stark anziehenden Nachfrage ein Defizit und in der Folge die historisch höchsten Preise für Erdgas in Europa erreicht wurden.

Auch die sonst so zurückhaltende Internationale Energieagentur (IEA) äußert Kritik an Russland: „Wir glauben, dass Russland mehr machen könnte, um die Verfügbarkeit von Gas zu erhöhen“, sagte IEA-Chef Fatih Birol.

Spätestens damit dürfte auch dem Letzten klar geworden sein: Der Gaspreis ist längst nicht mehr nur eine Angelegenheit von Angebot und Nachfrage. Der Gaspreis ist zum Politikum geworden. Und das liegt an einer nahezu unheimlichen Entwicklung an den Weltmärkten für Energie. Für kurzfristige Lieferungen etwa hat sich der Preis für Strom in Deutschland seit Jahresbeginn verdreifacht, meldet der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).

Der Strompreis aber ist letztlich nur ein Derivat, er leitet sich von den Preisen für die wichtigsten Rohstoffe ab, aus denen die Welt Energie gewinnt: Kohle, Öl, Gas. Und diese Preise steigen seit Wochen so, als gäbe es kein Morgen. Der Brentöl-Preis hat sich binnen eines Jahres verdoppelt, der Gaspreis stieg 130 Prozent, der für Kohle sogar um 342 Prozent.

Es sind vor allem die Energiepreise, die auch die Inflationsraten Monat für Monat nach oben treiben. In den USA liegen die Inflationsraten inzwischen jenseits der fünf Prozent. In Deutschland stiegen die Verbraucherpreise im September auf 4,1 Prozent. Die [Bundesbank](#) rechnet damit, dass sich die Raten in diesem Jahr noch Richtung fünf Prozent bewegen werden.

Die Weltwirtschaft erleidet einen Energieschock – dabei hat der Winter noch gar nicht begonnen. Verbraucher leiden, Unternehmen leiden, am Ende ist sogar die globale Ökonomie gefährdet, die gerade erst begonnen hatte, sich von dem größten Einbruch seit Jahrzehnten infolge der Pandemie im Jahr 2020 zu erholen.

Aus Sicht von Expertin Elena Anankina vom Analysehaus [S&P Global](#) Platts löst ein Mix aus technischen, ökonomischen und wetterbedingten Faktoren den beispiellosen Preisanstieg aus. So hat der Aufschwung in der Industrieproduktion nach der Coronakrise die Nachfrage nach Erdgas überraschend stark erhöht. Dazu kommen extreme Wetterphänomene, etwa Kälteeinbrüche in Texas oder Hitzewellen in Südeuropa.

Steigende Preise für CO₂-Zertifikate in Europa forcierten auf dem Kontinent einen Wechsel von Kohlestrom zu Gas. Höhere Umweltauflagen und schwache Erträge aus der Windkraft trugen ebenfalls zu dem Nachfrageschub bei. „Die Ursachen für die steigenden Energiepreise sind vielfältig: Zurückfahren der Investitionen in Kapazitäten während der Krise, Unterschätzen der wirtschaftlichen Erholungsdynamik und auch logistische Probleme“, sagt Ifo-Chef Clemens Fuest.

Sicher sei auch „die kräftige Konjunktur in Asien und den USA ein weiterer wichtiger Treiber“. Hinzu kämen politische Maßnahmen wie eine Erhöhung des CO₂-Preises. „Klimapolitisch ist die Verteuerung der fossilen Energieträger ein politisch gewolltes Instrument“, sagt Michael Hüther, Chef des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft.

Gabriel Felbermayr, Chef des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, warnt vor den Folgen für die Weltwirtschaft: „Die Zuspitzung im Energie- und vor allem im Gassektor bedroht die

konjunkturelle Entwicklung. Kommt ein strenger Winter, könnten Abschaltungen von Industrieanlagen, die auf Gas als Rohstoff angewiesen sind, erforderlich werden. Das würde die ohnehin schwierige Lage der Industrie noch verschlimmern.“ [Der Chemiemanager Christof Günther, Chef von Infrateuna in Sachsen-Anhalt, sagt:](#) „Diese Energiekrise wird für viele Firmen zur Überlebensfrage.“

Kirsten Westphal von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin sagt: „Wir sehen hier eine Energiekrise – und nicht nur einen vorübergehenden Preisanstieg bei den wichtigsten Energieträgern. Die aktuelle Entwicklung auf den Öl- und Gasmärkten gibt uns einen Vorgeschmack auf die heterogene Energiewelt von morgen. Diese Energiewelt wird geprägt sein vom Wettlauf verschiedener Systeme. Länder wie China sind zu dominierenden Spielern geworden, die mit ihrer immensen Nachfrage in Wachstumsphasen die Preise treiben.“

Das ist einerseits eine Welt, in der ein spanischer Minister in Zugzwang gerät und die Steuern auf Strom aussetzen muss, weil Indien sich entschlossen hat, keine Kohle mehr zu exportieren. Eine Welt, in der Australien, noch vor Kurzem von den Chinesen abgestraft und vom Markt abgeschirmt, nun plötzlich von Vertretern des Pekinger Parteikaders hofiert wird, um chinesische Stromlücken zu füllen.

Da ist andererseits auch eine Welt, deren Regierungen sich geschworen haben, die Preise für fossile Energien immer weiter steigen zu lassen, um den Planeten zu schützen – und gleichzeitig keine Vorkehrungen getroffen haben, wie denn der dennoch weiter steigende Energiehunger der Welt gestillt werden soll. Und dieser Hunger steigt.

Wer diese chaotische neue Welt sortieren will, der sollte sich ein anschauliches Bild von diesem „Wahnsinn“ machen, der muss sich auf eine Reise um den Globus begeben.

Indien: Die Knappheit der Kohle

Unter Dhanbad, einer Millionenstadt im Nordosten Indiens, lagern mehrere

Milliarden Tonnen an Kohle – das würde reichen, um Asiens drittgrößte Volkswirtschaft über viele Jahre zu versorgen. Doch der Nachschub aus den mehr als 100 Bergwerken, die sich in dem Zentrum der indischen Kohleindustrie angesiedelt haben, stockt.

Schwere Überschwemmungen haben das öffentliche Leben in Dhanbad, das bei den Indern den Beinamen „Kohlehauptstadt“ trägt, in den vergangenen Wochen lahmgelegt. Mehrstöckige Gebäude stürzten ein, eine wichtige Brücke wurde schwer beschädigt – und Kohlegruben geflutet.

Die wetterbedingten Lieferprobleme, die neben Dhanbad noch andere wichtige Kohlegebiete Indiens getroffen haben, führen nun zu einer dramatischen Zuspitzung der Energiekrise in dem Schwellenland. Und die Folgewirkungen sind weltweit zu spüren.

Kohlearbeiter in Indien

343 Prozent mehr als noch vor einem Jahr kostet die Tonne Kohle derzeit. Auch weil in Indien der Abbau stockt.

Quelle: *World Energy Outlook*

[*\(Foto: Reuters\)*](#)

Die Vorräte in den Kohlekraftwerken des Landes, die mehr als zwei Drittel des in Indien verbrauchten Stroms produzieren, sind auf den niedrigsten Stand seit Jahren gesunken. Sie reichen nach Angaben der Regierung im Schnitt nur noch aus, um den Betrieb für vier Tage aufrechtzuerhalten – Anfang August lag dieser Wert noch bei 13 Tagen.

Gleichzeitig erlebt Indien im Zuge der wirtschaftlichen Erholung nach dem Konjunkturunbruch von 2020 einen massiven Anstieg in der Stromnachfrage. „Der Bedarf steigt stark an“, sagte Energieminister Raj Kumar Singh diese Woche. Bisher habe der Bedarf auch gedeckt werden können. Doch dass es so bleibt, ist alles andere als sicher: „Ich weiß nicht, ob ich mich in den kommenden fünf bis sechs Monaten entspannen kann“, sagt Minister Singh. Und das gilt für seine Kollegen weltweit: Der indische Kohle- und Energieengpass ist ein Spielstein im weltweiten Energiemarkt.

China: Ungestillter Rohstoffhunger

Ausgefallene Ampeln, stillgelegte Fabriken, Haushalte ohne Licht – in der vergangenen Woche sorgten Berichte über landesweite Stromausfälle in China für Schlagzeilen. Das auf China spezialisierte Analysehaus Trivium spricht von „der schlimmsten Stromknappheit seit mindestens einem Jahrzehnt“. Denn China geht sein wichtigster Energieträger aus: Kohle. Daraus gewinnt das Land nach wie vor mehr als die Hälfte seines Stroms. Die Volksrepublik ist vor Indien der größte Kohleimporteur der Welt.

Die Vorräte reichen noch für etwa zwei Wochen. In dieser Woche haben wegen der Feierlichkeiten rund um den Nationalfeiertag viele Fabriken landesweit geschlossen, sodass die Staatsführung etwas Zeit gewinnt. Doch spätestens Mitte November, wenn im Norden Chinas die Heizperiode beginnt, dürften sich die Engpässe wieder verschärfen. Der Verband der Kohleindustrie warnte bereits, er sei mit Blick auf die Versorgungssicherheit im Winter „nicht optimistisch“.

Inzwischen hat die Staatsführung angeordnet, dass die wichtigen staatlichen Energieunternehmen die Versorgung für den Winter um jeden Preis sichern müssen. Stromausfälle würden nicht toleriert, so die unmissverständliche Botschaft des für Energie und Industrieproduktion zuständigen Vizepremiers Han Zheng bei einer Dringlichkeitssitzung Anfang der Woche.

Dass China der Versorgungssicherheit nun hohe Priorität beimesse, sei „eine schlechte Nachricht für die europäischen Regierungen und Verbraucher“, sagte Leslie Palti-Guzman, Präsidentin der in New York ansässigen Beratungsfirma Gas Vista LLC. Denn die höhere Nachfrage aus China dürfte für den Rest des Winters zu höheren Gas- und Strompreisen weltweit führen.

Der Kohleengpass ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Die schnelle Erholung der chinesischen Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown im vergangenen Jahr hat Nachfrage und Preise bei Rohstoffen steigen lassen.

Der Mangel hat aber auch politische Gründe: So verhängte China als

Reaktion auf die Forderung Australiens nach einer unabhängigen Untersuchung zum Ursprung der Coronapandemie ein inoffizielles Importverbot gegen den zweitgrößten Kohleexporteur der Welt.

Viele Kraftwerksbetreiber schreiben „aufgrund der Verdoppelung der Kohlepreise und des unveränderten Stromtarifs Verluste“, sagt Yan Qin, Kohleexpertin beim Analysehaus Refinitiv. Denn in China sind die Strompreise staatlich festgesetzt und können nicht beliebig erhöht werden. Um die Verluste einzugrenzen, haben viele Kraftwerksbetreiber Wartungsarbeiten vorgezogen und ihre Stromproduktion heruntergefahren, was die Engpässe zuletzt verschärft hat.

Parallel zu den Rohstoffengpässen wächst in China der Druck auf die Industrie, den Energieverbrauch und vor allem die damit verbundenen Emissionen zu senken. Denn die Staatsführung hat dem Land strenge Umweltauflagen aufoktroyiert: 2030 soll der Emissionshöhepunkt des größten Kohlendioxidemittenten der Welt überwunden sein, bis 2060 will China klimaneutral sein. Doch die meisten Provinzen sind mit den Einsparzielen weit im Rückstand.

Kurzfristig dürfte sich der Energieengpass nur lösen lassen, indem China mehr Kohleverstromung erlaubt – und dadurch die selbst gesteckten Emissionsziele verfehlt. Andernfalls bleibt nur die Möglichkeit, den Verbrauch zu rationieren. Dadurch könnte sich das ohnehin langsamere Wirtschaftswachstum weiter abschwächen.

Langfristig ist ein wichtiger Faktor für Chinas Energiesicherheit, aber auch für die Absenkung der Emissionen, die Diversifizierung der Energieerzeugung, wie auch im 14. Fünfjahresplan vorgesehen ist. Dazu muss die Volksrepublik künftig stärker auf erneuerbare Energien setzen, auf Kernkraft – und Erdgas. Als ob es davon weltweit genug gäbe.

USA: Gas und Öl für den Eigenbedarf

Derek Sammann verantwortet den Handel mit Rohstoffterminkontrakten und Optionsscheinen an der weltgrößten Rohstoffbörse, der Chicago

Mercantile Exchange (CME). Und was sich an dem wichtigen Umschlagplatz für Erdgas-Lieferkontrakte abspielt, hat der erfahrene Händler so noch nicht gesehen. „Die Stromproduzenten drängen sich darum, weitere Preissteigerungen abzusichern“, sagt er.

Nie zuvor hätten so viele Marktteilnehmer so hohe Volumina am Erdgasmarkt gehandelt. Er beobachte eine „extreme Risikoscheue“ der Händler. Die Stromproduzenten deckten sich zudem mit immer länger laufenden Lieferkontrakten ein.

Ölfeld in Kalifornien

Das Barrel Brent-öl kostet 99 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Die USA diskutieren, ihre Gas- und Ölförderung nur für inländischen Verbrauch zu nutzen.

(Foto: Reuters)

„Das zeigt uns, dass dies kein kurzfristiger Anstieg der Handelsaktivität ist. Der Markt positioniert sich für immer höhere Gaspreise über einen immer längeren Zeitraum.“ Entgegen der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit seien es jedoch weniger die Rohstoffspekulanten, die den Erdgaspreis in die Höhe treiben, als vielmehr Industriekunden auf der Suche nach Planungssicherheit.

Und die Erdgasknappheit treibt auch den Ölpreis nach oben: Er notierte zuletzt auf einem Siebenjahreshoch bei rund 83 Dollar pro Barrel Brentöl. Einige Kraftwerke vor allem in Asien verbrennen inzwischen Heizöl und Diesel statt Gas.

Giovanni Staunovo, Rohstoffexperte der Schweizer Großbank [UBS](#), sagt: „Der Preisanstieg kann durchaus noch weitergehen.“ Kurzfristig sei es möglich, dass der Ölpreis in Richtung 90 Dollar ansteigt. Der staatliche Ölkonzern Saudi Aramco schätzt, dass die Gasknappheit allein zuletzt für einen Anstieg der Ölnachfrage um 500.000 Barrel pro Tag verantwortlich war.

Hinzu komme, dass die Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) angesichts der Gaskrise bislang keine Anstalten macht, die Ölproduktion hochzufahren. Zwar trafen sich die 23 Ölminister der erweiterten [Opec-](#)

plus-Allianz um Saudi-Arabien und Russland Anfang der Woche zu einer Diskussionsrunde per Video. Doch sie blieben bei ihrem im Sommer verabschiedeten Plan, das Ölangebot im November um lediglich 400.000 Barrel täglich zu erhöhen. Forderungen nach einer Anhebung der Ölproduktion um die doppelte Menge waren bei dem [Opec-plus-Treffen](#) kein Thema.

Dabei liegen selbst in den USA, eigentlich Nettoexporteur von Energierohstoffen, die Vorräte derzeit sieben Prozent unter dem Fünfjahresdurchschnitt. Das lag laut der Energiebehörde EIA vor allem an dem extrem heißen August, den Schäden durch Hurrikan „Ida“ und an der Dürre im Westen des Landes.

In einem Brief an die Energieministerin Jennifer Granholm rief der Verband der Energie verbrauchenden Industrie, Industrial Energy Consumers of America (IECA), die Ministerin Mitte September auf, den Export zu drosseln: „Wir fordern Sie auf, sofort nach dem Erdgas-Gesetz zu handeln, um eine Angebotskrise und Preisspitzen für die Verbraucher in diesem Winter zu verhindern, indem Sie die Exportquoten für die Flüssiggasexporteure senken, damit die US-Läger das Niveau des Fünfjahresdurchschnitts erreichen.“

Die Ministerin versicherte kurz danach zwar bei einem Besuch in Polen, die USA würden mit den europäischen Partnern eng zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass im Winter genügend Gas zur Verfügung stehe.

Doch vielleicht ist sich die Regierung von Joe Biden dabei gar nicht so einig: „Granholm will keine Drosselung. Aber der US-Klimabeauftragte John Kerry ist eher pessimistisch, was die Gasexporte angeht“, beobachtet Barry Rabe, Professor für Umweltpolitik an der University of Michigan und Senior Fellow des Thinktanks Brookings. Grund für Kerrys Skepsis sei, dass bei der Förderung des Erdgases nicht zuletzt durch das austretende Methan zu viel CO₂ entstehe, erklärt Rabe.

„Die USA sind jetzt der weltgrößte Gas- und Ölproduzent“, bemerkt Rabe. Theoretisch könnten die US-Unternehmen noch mehr Gas zutage fördern,

meint er. „Aber das bedeutet enorme Investitionen, und die werden sie nur tätigen, wenn sie wissen, wohin der Gaspreis in den kommenden Jahren geht“, sagt Rabe. Und das hänge davon ab, ob Asien weiter so viel Hunger auf Erdgas haben wird und davon, welche Entscheidungen zum Schutz des Klimas die Regierungen weltweit treffen.

Europa: Hoffen auf den Staat

Der Schutz des Klimas – er stellt auch die Europäer vor ein Dilemma. Einerseits sind da die CO₂-Reduktionsziele, andererseits Wählerinnen und Wähler, die höhere Energiepreise unmittelbar bestrafen.

Da ist etwa der Wirt Roberto Tovar aus einer Stadt bei Madrid. Als die Coronapandemie abflaute, dachte er, er habe das Schlimmste überstanden. Doch dann schaute der Chef des „Staff“ jeden Monat auf seine Stromrechnung und ahnte: Das Schlimmste kommt womöglich erst noch. „Wir schließen jetzt nachmittags von 16 bis 19 Uhr“, sagt Tovar. „Da ist weniger los, und die steigenden Strompreise machen es noch schwerer, in der Zeit Gewinne zu erzielen.“

Im August hat er zwei energiearme Spülmaschinen gekauft, und er stellt die Klimaanlage weniger häufig an. „Aber das hilft nicht viel, die Preise steigen ja immer weiter“, schimpft er. Die spanischen Zeitungen titeln seit Wochen immer wieder: „Strompreis erreicht neues Allzeithoch“. In mehreren Städten protestierten Verbraucher, die Regierung kündigte bereits an, in den Strommarkt einzugreifen, Preise zu deckeln, Steuern zu stunden.

Nach Angaben der Verbraucherschutzorganisation OCU ist die Stromrechnung eines spanischen Haushalts im September im Vergleich zum Vorjahr trotzdem um 38 Prozent gestiegen. Nach Berechnungen der Ratingagentur Standard & Poor's machen die Stromkosten in Spanien bereits 8,4 Prozent des verfügbaren Einkommens der Haushalte aus – mehr als in Frankreich (8,1) und Deutschland (6,4).

Nur: So wie die Stromrechnungen in Spanien dürften insgesamt die

Energiepreise in ganz Europa in den nächsten Monaten steigen. Denn Spanien ist nur ein Vorläufer: Die Spanier spüren steigende Energiepreise besonders schnell, weil die Strompreise nicht wie in anderen Ländern für einen bestimmten Zeitraum festgesetzt werden, sondern auf den täglichen Preisen des Spotmarktes basieren.

Deswegen schickte Frankreichs Präsident [Emmanuel Macron](#) seinen Regierungschef Jean Castex Anfang des Monats zu einem Interview in die Abendnachrichten des Fernsehsenders [TF1](#). Nach dem erneuten Anstieg um 12,6 Prozent zum 1. Oktober „wird es keine weitere Erhöhung des Gaspreises geben“, versprach Castex.

Seit Januar sind die Gaspreise in Frankreich um fast 60 Prozent gestiegen. Ohne den Tarifdeckel könnten die Preise nach Schätzungen der französischen Energiebehörde CRE im Winter um weitere 30 Prozent nach oben gehen.

Zuvor hatte die französische Regierung bereits angekündigt, dass knapp sechs Millionen Haushalte mit geringem Einkommen im Dezember vom Staat einen „Energiescheck“ in Höhe von 100 Euro erhalten sollen, um die Belastung bei den Energiekosten abzufedern.

Beim Strom will die Regierung in Paris die Anfang 2022 anstehende nächste Erhöhung auf vier Prozent begrenzen – um dem erwarteten Anstieg um zwölf Prozent entgegenzutreten. Bis April sollen die Gaspreise in Frankreich eingefroren bleiben. Die Begründung von Castex: Nach der Heizsaison „wird der Gaspreis herunterpurzeln“.

Das Datum im April könnte auch einen politischen Hintergrund haben: Im kommenden Frühjahr finden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt. Schlagzeilen über teure Energie kann Macron im Wahlkampf nicht gebrauchen. Mit Schrecken denkt die Regierung an die „Gelbwesten“-Bewegung zurück, die vor drei Jahren gegen höhere Steuern auf Benzin und Diesel demonstrierte.

Frankreich nimmt den Preisschock zum Anlass, in Brüssel einige

grundsätzliche Fragen zu stellen. Die Problemanalyse in Paris: Der Strompreis in Europa hängt zu sehr von Gaskraftwerken ab. „Die Entkopplung von Strompreisen und tatsächlichen Produktionskosten ist vor allem in Frankreich schwer zu verstehen, wo die Stromproduktion wegen des vorherrschenden Anteils von Atomenergie und des Anstiegs an erneuerbaren Kapazitäten weitgehend dekarbonisiert ist“, schrieb Finanzminister Bruno Le Maire an seine EU-Kollegen.

Anfang der Woche führte Le Maire beim Treffen der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister seine Ideen aus. Dem Franzosen schwebt eine Entkopplung von Strom- und Gaspreis im Binnenmarkt vor. Außerdem müsse Brüssel die Atomkraft als klimafreundliche Energie einstufen. Im Gespräch sind auch gemeinsame Gasreserven in Europa, vor allem Spanien und Portugal werben dafür.

Die Staats- und Regierungschefs der EU wollen das Thema bei ihrem Gipfel am 21. und 22. Oktober diskutieren. Auch Madrid setzt sich für eine europäische Lösung des Problems ein. Die spanische Regierung hat die EU-Kommission aufgefordert, Finanzspekulationen auf dem Markt für CO2-Zertifikate zu unterbinden und eine gemeinsame Plattform für den Gaskauf der 27 Mitgliedstaaten zu schaffen.

Damit sollen die Europäer sich auch ein Stück weit gegen Russland behaupten, den größten Erdgaslieferanten der Gemeinschaft, den nicht wenige in Europa beschuldigen, für die Gaskrise mitverantwortlich zu sein.

Russland: Treibt Putin den Preis?

„Wir haben immer wieder weitere Transitkapazitäten angeboten, aber [Gazprom](#) hat sie nicht gebucht. Es gibt keinen Transportengpass – denn wir haben genug freie Kapazitäten“, sagt der Chef des ukrainischen Unternehmens Gas Transmission Systems (GTS), Serhij Makogon.

[Gazprom](#) habe aber seit Mitte Juni „keinerlei zusätzliche Kapazitäten gebucht“. Gazprom hat bis 2024 ein Transitabkommen mit der Ukraine, das aber nur eine Mindestmenge für russisches Gas zum Transport durch

das Land festschreibt. Weitere Mengen können mit der Ukraine vereinbart werden und müssen dann hinzugebucht werden.

Tatsächlich gibt es einen interessanten Zusammenhang: Immer wenn Gazprom in diesem Jahr die Lieferungen nach Europa erhöhte – im Februar, März, April, Anfang Juni – sanken Europas Gaspreise laut der Energieagentur Agsi+. Wenn Gazprom dies nicht tat, stiegen die Gaspreise immer stark an.

Arbeiter an einer Baustelle von Nord Stream 2 in Russland

Erdgas kostet derzeit 131 Prozent mehr als vor einem Jahr. Nun ist die Frage, ob die gerade fertiggestellte Pipeline Nord Stream 2 das Problem löst oder verschärft.

(Foto: imago images/ITAR-TASS)

Gazprom erfülle alle seine vertraglichen Lieferverpflichtungen, wiederholen Europas größter Gaslieferant und seine Großkunden in der EU, europäische Versorger, unisono. Selbst die deutsche Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) vertrat am Mittwoch dieser Woche diese Position. Sie rate dazu, bei dem Thema „keine zu einfachen Lösungen“ zu suchen, sagte sie.

„Die Frage ist ja: Gibt es Bestellungen, die getätigt wurden, die von Russland nicht beliefert werden?“ Ihren jüngsten Informationen zufolge sei dies nicht der Fall, sagte Merkel. „Das heißt, es gibt keine Bestellungen, bei denen Russland gesagt hat: Das liefern wir euch nicht, und wir liefern es auch schon gar nicht durch die ukrainische Pipeline.“ Russland könne nur das Gas auf Grundlage von Verträgen liefern. Deshalb sei die Frage: „Wird genug bestellt, oder ist der hohe Preis im Augenblick vielleicht auch ein Grund, nicht so viel zu bestellen?“

Man habe sich, sagt Merkel, auch an „sehr geringe Gaspreise“ gewöhnt. Ist das der Wink, mit dem die scheidende Kanzlerin die Menschen darauf einstimmen will: Günstiger wird es nicht mehr?

Und nun? Nur Wandel bringt Stabilität

Dass Energie auf kurze oder mittlere Sicht wieder günstig wird, daran

glaubt auch SWP-Expertin Kirsten Westphal nicht. Sie ist davon überzeugt, dass die Europäer sich selbst massiv schaden, indem sie den Umbau des Energieversorgungssystems nicht entschieden genug vorantreiben, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren.

„Die Situation auf dem Gasmarkt ist ein Fanal. Uns Europäern wird sehr deutlich vor Augen geführt, dass bei uns Ziel und Tat weit auseinanderklaffen. Wir eilen in der Klimaschutzrhetorik voraus und erhöhen die Klimaschutzziele ein ums andere Mal. Aber in der Umsetzung sind wir schwach“, sagt Westphal. Im Moment werde vielen Menschen bewusst, wie abhängig Europa nach wie vor von fossilen Energieträgern sei.

Diese Abhängigkeit lässt sich insbesondere mit Blick auf Deutschland mit Zahlen belegen. Deutschland importiert rund 70 Prozent seines Energiebedarfs aus dem Ausland. Dabei ist Russland mit weitem Abstand Lieferant Nummer eins für Erdöl, Erdgas und Steinkohle.

„Wir können nicht einen Ausstieg nach dem anderen beschließen, ohne den Einstieg in neue, klimafreundliche Technologien zu forcieren. Diese Diskrepanz fällt uns nun auf die Füße“, sagt Westphal. Der Ausbau erneuerbarer Energien und der Ausbau der Infrastruktur vollzögen sich nicht mit dem gleichen Tempo und der gleichen Entschlossenheit, kritisiert sie. „Wir lügen uns etwas in die Tasche, wenn wir diese Entwicklung weiter ignorieren.“

Der Umbau des Energiesystems nimmt in den Wahlprogrammen jener Parteien, die realistische Aussichten haben, an einer künftigen Bundesregierung beteiligt zu werden, in der Tat großen Raum ein. Im Zentrum der Bemühungen steht dabei eine drastische Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien.

Wind, Sonne, Biomasse und Wasserkraft trugen in Deutschland 2020 bereits 44 Prozent zur Stromerzeugung bei. Ihr Anteil hat sich damit in den vergangenen 20 Jahren versiebenfacht. In den kommenden Jahren

soll sich der Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung weiter drastisch erhöhen.

Lange war unbestritten, dass Erdgas die entscheidende Brücke auf dem Weg zur Klimaneutralität darstellt. Doch mittlerweile nehmen Klimaschutzorganisationen und auch Teile der Grünen den Energieträger Erdgas in den Fokus.

Mehr zum Thema:

- [Chemiepark-Chef Christof Günther: „Diese Energiekrise wird für viele Firmen zur Überlebensfrage“](#)
- [Europa steckt in einer Gaspreiskrise – Das sind die Folgen für die Versorgung in Deutschland](#)
- [Gaspreiskrise: Der LNG-Boom in Asien steht erst am Anfang](#)
- [Teures Erdgas: Düngerhersteller drosseln europaweit die Produktion](#)

Westphal hält das für realitätsfern. Dass die Gasproduzenten die Engpasssituation für sich nutzen, macht Westphal ihnen nicht zum Vorwurf: „Der Erdgasmarkt war über viele Jahre ein Käufer-Markt. Jetzt hat er sich zum Verkäufer-Markt gewandelt. Es ist klar und völlig rational, dass die Verkäufer diese Lage nutzen“, sagt sie. Völlig klar und rational wäre aber auch, wenn die Käufer dies nicht einfach so hinnehmen.

Ob es wirklich so kommt? Zu Beginn dieser Woche kursierte eine weitere Meldung durch die Energiedebatte: Der Betreiber der Nord-Stream-2-Pipeline vermeldete, den ersten Strang der Röhre erstmals mit Gas gefüllt zu haben. Kurzfristig könnte das eine gute Nachricht sein, weil das den Energiemarkt entlastet. Mittelfristig aber stärkt es nicht zwangsläufig die Unabhängigkeit.